

und nur von einer ehrsüchtigen Führerclique verraten wurde. Inwiefern sich aus der Umstellung organisatorische Veränderungen für die intakt gebliebenen SA-Gruppen ergeben, wird man wohl erst nach Ablauf des SA-Urlaubs klar sehen. Auf die Wahrscheinlichkeit einer abgemessenen Berringerung der Sturmabteilungen hat der Chef des Stabes schon hingewiesen, ebenso auf die Notwendigkeit, den SA-Mann und vor allem den Führer durch die Parteimitgliedschaft, soweit sie nicht schon besteht, noch stärker mit der Bewegung zu verschmelzen. Auf der anderen Seite wird der Begriff und das Ideal des SA-Mannes eindeutig gegenüber dem Angehörigen der Wehrmacht abgegrenzt und damit zwischen beiden die Grundzüge vertrauensvoller Zusammenarbeit für die Nation wiederhergestellt, die durch die Uebergriffe des SA-Mitglieds zerstört worden war.

Was sich aber im einzelnen auch ändern mag, in einem Punkte bleibt ganz sicher alles beim alten: in der Wertung, die der „unberufene SA-Mann“ in der Verrücktheit einzelner Führer ebenso wie die Dummheit übertrug und dadurch leistungsgemäße Rasse des braunen Heeres, nach wie vor im ganzen Volke genießt. Die SA bleibt das Kernstück der Bewegung, und niemand darf sie, das ist von führenden Stellen deutlich genug gesagt worden, wegen der beträchtlichen Verfehlungen einzelner Einzel ansehn. Als Begleiterscheinung der eingeleiteten Reform darf auch sicher ein besseres Verständnis zwischen der SA und den anderen Säulen des nationalsozialistischen Staates erwartet werden. Der hier notwendige gesunde Wettbewerb in der Leistung ist von der beabsichtigten SA-Führung oft zu einer ungelunden Rivalität gesteigert worden; denn der SA-Mitglied glaube auf alles, was nicht zu seiner Ehre gehörte, verächtlich herabsehen zu können; auf die von ihm als „Kameradentum“ beschriebenen politischen Gegner ebenso wie auf den NS-Frontkämpferbund und die Wehrmacht. Die Ereignisse des 30. Juni haben gezeigt, daß diese feindselige Stellungnahme gegen den früheren Stahlhelm gegen den Befehl des Führers erfolgt ist. Durch die Aussprache Selbsterziehung ist nun dafür gesorgt, daß es in Zukunft solche unerfundenen Auseinandersetzungen nicht mehr geben wird. Der SA-Mitglied ist nach dem Willen Adolf Hitlers ein Teilstück der Bewegung, aber dessen Ergebenheit und Aufgabenkreis keine Unklarheit mehr besteht. Diese Regelung wird für die Millionen alter SA-Männer ebenso wie für die Hunderttausende neuer, die vom Stahlhelm gekommen sind, und für die im NSDAP, gebliebenen Mitglieder die notwendige Beruhigung bringen.

Von diesen Rückwirkungen des 30. Juni auf die Träger der Bewegung sind die Folgen für die Träger der eigentlichen Staatsgewalt wohl zu unterscheiden, also für die Verwaltung im allgemeinen und für die Polizei und Wehrmacht im besonderen. Diese hat glücklicherweise, obwohl sie zum Einzug nach dem Befehl des Führers bereitstand, in die Ereignisse überhaupt nicht eingreifen müssen. Dank dieses Umstandes hat sich in der Stellung der Reichswehr nach innen gar nicht geändert. Das Ausland kann völlig beruhigt sein: Sie denkt auch nicht im entferntesten daran, sich jetzt etwa an Stelle der SA, als politische Pfeiler des Staates oder gar als Diktator über den Staat aufzuspielen. Die Schießmethoden waren den wirklichen deutschen Soldaten von jeher unsumpftisch. Wer den Reichswehrführern derartige Pläne anträgt, der kennt ihre Auffassung von den Aufgaben der Wehrmacht schlecht. Diese ist ganz eindeutig in dem Artikel des Reichswehrministers über „Die Wehrmacht im Dritten Reich“ niedergelegt, der noch zwei Tage vor dem

30. Juni die rebellischen SA-Führer warnen sollte, aber bei diesen leider keine Wirkung verfehlte hat.

Eines ist allerdings richtig: daß auch die Reichswehr durch die Festungslage des Führers von einer starken Demmung in der Erfüllung ihrer Pflicht befreit worden ist und daß sie ihm ebenso wie das ganze Volk dafür Dank weiß. Denn die Tätigkeit des SA-Mitglieds war zu einer wachsenden Bedrohung für das ungehörte Funktionieren der Wehrmacht als Waffenträger der Nation geworden. Die die Wehrmacht über sie dachten und welche Pläne sie bezüglich der Reichswehr nach dem Willen ihres Staatsoberhauptes hatten, das geht in ganz deutlicher aus der Parole hervor, mit der die SA-Mitglieder in jener Unglücksnacht auf die Straße gerufen worden war: „Der Führer ist gegen uns, die Reichswehr ist gegen uns...“ In Wirklichkeit war es natürlich umgekehrt: SA-Mitglieder und Führer beabsichtigten und die Reichswehr sich und seinen Mitarbeitern vorzuziehen. Dieses Verhältnis zwischen Reichswehr und SA, das natürlich vielfach auch auf den einfachen SA-Mann und den Reichswehrgenossen abwärts wirkte, ohne daß sie die tieferen Hintergründe auch nur ahnen konnten, ist jetzt beseitigt. Die Folge der Umstellung in der SA wird auch hier ein vertrauensvolles gegenseitiges Zusammenarbeiten für den Wehr-

gedanken nach der strengen Aufgabenteilung sein, die der Führer wiederholt aufgestellt hat: Das Heer ist allein das Waffenhandwerk aus und beruht auf der sachmännlichen militärischen Führung vor für den Fall — den Gott verhüten möge —, daß das deutsche Volk wieder einmal zur Verteidigung des Vaterlandes gegen einen Angreifer aufgerufen werden müßte. Die SA arbeitet daneben im gleichen Sinn, aber mit anderen Mitteln, nicht als Konfuzius, sondern als Helferin für die Wehrmacht, indem sie den deutschen Nachwuchs, der nicht wie die Jugend anderer Länder Soldat sein darf, zur Wehrhaftigkeit erzieht und zu den militärischen Tugenden des Gehorsams, der Vaterlandsliebe, der Pflanzenerfüllung, der Treue gegenüber dem Führer und dem nationalsozialistischen Staat.

Und wenn sich das Ausland nach Gedanken macht über das Verhältnis der Wehrmacht zum Führer, so kann ihr auch dieses Geheimnis verraten werden: Nach dem Ergebnis seiner eht soldatischen Befehlshaber hat ihn die Reichswehr vom obersten Befehlshaber bis zum letzten Mann noch viel mehr in ihr Herz geschlossen. Nicht nur aus Pflichtbewußtsein und Disziplin, sondern aus innerlicher Verbundenheit steht sie, zum letzten Opfer bereit, als Schutz vor ihm und seinem Staat gegen jeden, der Adolf Hitler angreifen wagte.

25 Jahre Fährverbindung Sahnitz-Trelleborg

Erinnerungsfeier der Deutschen Reichsbahn

Sahnitz, 7. Juli. Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Eisenbahnfährverbindung Sahnitz-Trelleborg hat die Deutsche Reichsbahn am 6. Juli zu einer feierlichen Feier an Bord des Fährschiffes „Deutschland“ eingeladen.

Nachdem die schwedischen Gäste unter den Klängen der schwedischen und der deutschen Nationalhymnen in Sahnitz angekommen waren, verließ die feierlich über die Toppen gestiegene „Deutschland“ bei herrlichem Sommerwetter den Hafen. Während des Elbens begnügte

Generaldirektor Dormmüller

im Namen der Reichsbahn die Gäste. Er gedachte der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Fährverbindung im zwischenstaatlichen Verkehr und wies besonders auf den Anstieg des Fährverkehrs 1934 gegenüber 1933 im Post- und Südkaufverkehr hin. Der allen Eisenbahnern ein Ansporn zum weiteren Eintrag ihrer Kräfte sein werde, zum Segen der beteiligten Länder.

Generaldirektor Angler

dankte im Namen der schwedischen und norwegischen Staatsbahnen der Deutschen Reichsbahn für die vorbildliche Kameradschaft, die in langen Jahren der gemeinschaftlichen Arbeit auch in schwierigen Zeiten erprobt sei.

Nach Ueberqueren der Diksee auf der „Deutschland“ wurde der Abend des Festtages durch einen Empfang der Stadt Trelleborg und der schwedischen Staatsbahnen an Bord des schwedischen Fährschiffes „Konung Gustaf V“ abgeschlossen.

Von Bord der „Deutschland“ wurden Telegramme an den König und den Kronprinzen von Schweden und an den schwedischen Reichsverkehrsminister, sowie an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und den Reichsverkehrsminister gefandt.

Verbilligung der Krankenkassenbeiträge

Neue Beitragregelung noch nicht in Kraft

Berlin, 7. Juli. In den wichtigsten Verbesserungen, die das von der Reichsregierung verabschiedete große Reformwerk der Sozialversicherung für die Krankenkassenbeiträge. In Zukunft haben die Versicherten in der Krankenkassenversicherung nicht mehr zwei Drittel, sondern nur noch die Hälfte des Beitrages zu leisten. Ähnliches gilt für die Knappschaftsversicherung. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser neuen Beitragregelung steht aber noch nicht fest. Dem Reichsarbeitsminister ist die Ermächtigung gegeben, den Zeitpunkt des Inkrafttretens der einzelnen Teile des großen Reformwerks zu bestimmen. Da es sich um ein Rahmengesetz handelt, das nur die großen Grundlinien festlegt, wird vor der Inkraftsetzung noch eine Anzahl von Durchführungsverordnungen notwendig sein. Die Neuaufstellung der Beiträge insbesondere soll erst dann durchgeführt werden, wenn die beabsichtigte Organisation der Beiträge der Arbeitslosenversicherung möglich ist. Mit Ausnahme der Unfallversicherung, deren Beiträge wie bisher allein von den Unternehmern aufgebracht werden, wird dann in allen Sozialversicherungsabteilungen der Grundtag durchgeführt sein, daß die Beiträge von Arbeitnehmern und -nehmern je zur Hälfte zu tragen sind.

Auch die Hausgehilfin beansprucht Urlaub

Berlin, 7. Juli. In der Deutschen Arbeitsfront ist man bemüht, auch der Hausgehilfin den notwendigen Urlaub in jedem Jahr zu sichern. Man hat festgestellt, daß nur etwa 25% der Hausgehilfen bisher einen regulären Urlaub bewilligt bekommen haben. Eine gesetzliche Regelung besteht in der Urlaubsfrage für die Hausgehilfen noch nicht. Die Nachschicht Hausarbeit der zuständigen Reichsbetriebsgemeinschaft spricht aber die Erwartung aus, daß diese Frage im nächsten Jahr von den Treuhändern der Arbeit im Sinne einer gerechten Urlaubsregelung gelöst sein wird. Als Beispiel weist man auf die vorbildliche Tat der Hausfrauen in Stadt und Kreis Oberwalde hin. Im 1900 Hausfrauen des Kreises erging ein Schreiben, in dem der Kreiswart sie aufhorbete, der Hausgehilfin einen vernünftigen Urlaub mit Verpflegungsgeld zu gewähren. Nur ein kleiner Teil von Hausfrauen hat dem Gedanken Widerstand entgegengesetzt. Es konnte das erfreuliche Ergebnis erzielt werden, daß 1900 Hausgehilfen erstmalig ihre Urlaubsbereife antraten. Durch Einzelverhandlungen wurde erreicht, daß etwa 100 Hausgehilfen sogar einen Urlaub von mehr als 20 Tagen erhielten.

„Arbeitsbank“ und Reichsnährstand

Ausscheidende Arbeitsdienster für die Landwirtschaft

Berlin, 7. Juli. Um den Bauoblenuten des „Arbeitsbank“ e. V., der Betriebsorganisation für die ausscheidenden Arbeitsdiensterwilligen, die Unterbringung landfahiger und landwiltiger Arbeitsmänner wesentlich zu erleichtern, hat der „Arbeitsbank“ eine generelle Klärung seiner Stellung zum Reichsnährstand herbeigeführt. Der Reichsnährstand hat daraufhin in einem Rundschreiben den Landesbauernschaften und Bauernführern die Einrichtung des „Arbeitsbank“ näher erläutert. Der „Arbeitsbank“ erzieht es als eine seiner Hauptaufgaben, die aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden Menschen, soweit möglich, auf irgendeine Weise wieder mit dem Lande zu verurteilen. Daraus ergebe sich, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Landesbauernschaften und den Landesstellen des „Arbeitsbank“ dienlich sei. Es werde auf diese Weise gelingen, einen großen Teil der aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden, erprobten und durchgeführten Arbeitskräfte in geeigneten Stellen auf dem Lande unterzubringen. Der persönliche Eintritt von Bauernführern in den „Arbeitsbank“ sei durchaus erwünscht.

Sieben Menschen gerettet

Durch Sog in die See hinausgetrieben

Berlin, 7. Juli. Der tagelang anhaltende Nordsturm hat an der Küste bei Trana, wie das HT. meldet, gefährliche Sog verursacht, der sieben Menschenleben in Gefahr brachte. Ungefähr zur gleichen Zeit wurden an verschiedenen Stellen ein junger Mann, zwei Damen und ein zwölfjähriger Junge von der Strömung erfasst und zum Teil weit in die See abgetrieben. Ein SA-Mann und mehrere Strandauflöser konnten unter größter Mühe in voller Kleidung die Ertrinkenden retten, ebenso einen am Rettungswert beteiligten Badenast, der gegen eine Bühne geschleudert wurde und das Bewußtsein verloren hatte. Fast zu gleicher Zeit konnten Rettungsschwimmer der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft im Freibad Ost zwei junge Mädchen retten, die infolge der starken Strömung sich bereits in gefährlicher Lebensgefahr befanden.

Erinnerungen an Berdrier werden geflößt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Juli. Die Stadt Freiburg in Baden hat beschlossen, alle Erinnerungen an den General von Schleicher zu tilgen. Als nämlich der frühere Reichskanzler und General von Schleicher im Oktober v. J. der Stadt Freiburg einen Besuch abstattete, trug er sich bei dieser Gelegenheit in das Goldene Buch der Stadt ein. Auf Anordnung des Freiburger Oberbürgermeisters wird jetzt das Namen Schleichers tragende Blatt aus dem Goldenen Buch entfernt, da die Erinnerung an Staatsfeinde nicht verewigt werden dürfe. Auch die Bilder vom Besuch Schleichers werden aus der städtischen Sammlung entfernt.

Erneut blutige Straßenkämpfe in Holland

Tote und Schwerverletzte in Amsterdam

Amsterdam, 7. Juli. In den Abendstunden des Freitags wiederholten sich, wie erwartet, an verschiedenen Stellen der Stadt die Ausschreitungen aufrührerischer Elemente. So wurde in der Spaardammer Straat ein Straßenbahnwagen umgeworfen und auf ihm die rote Flagge gehißt. An anderer Stelle wurde ein Straßenbahnwagen zum Entgleisen gebracht. Herbeigeeilten Polizeistreifen gelang es aber sofort, die Menge zu zerstreuen. Das allgemeine Interesse konzentrierte sich auch am Freitagabend wieder auf den Jordaan, in dem jedoch diesmal so starke Militär- und Polizeikräfte anwesend waren, daß die Behörden im Gegensatz zum Donnerstag der Tage v. Billa Herr waren. Nur einmal mußte in der Nähe des Nordmarktes das Maschinengewehr eines Panzerautos in Aktion treten. Wiederholt drangen Militärstreifen in die Häuser ein und nahmen verdächtige Elemente fest, die sich auf den Dächern aufgehalten hatten. Auch wurden Schusswaffen gefunden.

Infolge des starken Militär- und Polizeiaufgebotes gelang es dem Vöbel nicht, die Straßenbeleuchtung zu zerstören. Die Straßen waren so gut wie menschenleer, da überall der energische Befehl, ruhig in den Häusern zu bleiben, befolgt wurde.

Dagegen kam es im nördlichen Stadtteil auf der anderen Seite des Amsterdamer Hafens, in dem eine Abteilung Marineinfanterie Patrouillenbesuche ausübte, im Laufe des Abends zu heftigen Straßenkämpfen zwischen einer zahlreichen Menge und der Polizei, die bald durch Militärabteilungen verstärkt wurde.

Sanitätsautomobile fuhren hin und her, um die Verwundeten zu bergen. Auch hier wurde aber am späten Abend der Widerstand gänzlich gebrochen. Da es noch in mehreren anderen Stadtteilen zu Ausschreitungen kam, wurde die Polizei überall durch Militärstreifen verstärkt. Erst Mitternacht beherrschten Militär und Polizei das Straßennbild vollkommen. Zur Niederkämpfung der Aufrührer hat

der Umstand wesentlich beigetragen, daß Militär und Polizei rückwärtslos von den Waffen Gebrauch machten.

Die genaue Zahl der Toten und Verletzten, die die Straßenkämpfe des Freitags gekostet haben, steht noch nicht endgültig fest. Bis zur ersten Morgenstunde des Sonnabends zählte man zwei Tote, elf Schwerverletzte und fünfzig Leichtverletzte, von denen die meisten Krankenhäusern zugeführt werden mußten.

Etwa zehn Personen wurden als Räubersführer oder wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhaftet. Auf Anordnung des Bürgermeisters wurde die Bürgerwehr alarmiert, die zur Bewachung der öffentlichen Gebäude und Werke eingesetzt ist. Ferner wurde noch im Laufe des Abends eine Kompanie Infanterie aus Amersfoort nach Amsterdam dirigiert, um hier vorläufig in Reserve gehalten zu werden.

Neue Militärverstärkungen für Amsterdam

Amsterdam, 7. Juli. Die Lage in Amsterdam war in den Vormittagsstunden des Sonnabends verhältnismäßig befriedigend. Erste Zwischenfälle ereigneten sich, soweit bisher bekannt ist, nicht mehr. Jedoch haben die Behörden es für notwendig gehalten, in den Brennpunkten der gestrigen Straßenkämpfe andauernd starke Polizei- und Militärstreifen patrouillieren zu lassen. Sonnabend früh trafen weitere Truppenabteilungen in Amsterdam ein, die dem Vernehmen nach die Stärke eines Bataillons haben. Mit der Mobilisierung der etwa 4000 Mann betragenden Bürgerwehr wird fortgefahren. Die Behörden scheinen sich darauf vorzubereiten, daß die Unruhen am Abend wieder ausbrechen und auch noch die nächsten Tage fortauern werden. Ministerpräsident Dr. Colijn und der Minister für Landesverteidigung Decker haben sich nach Amsterdam begeben, um sich persönlich über die dortige Lage zu unterrichten.

Wie die Blätter melden, wurden gestern auch in anderen Städten des Landes, insbesondere im Haag und Daarlem und in der Provinzstadt Dordrecht, von kommunikativen Drahtleitern Verluste unternommen. Zwischenfälle hervorgerufen. Die Polizei war jedoch überall auf dem Posten und griff von vornherein energisch durch, so daß es zu keinen ernsteren Zusammenstößen kam. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

direktor Jäger die letzte kirchenpolitische Entwicklung in Klippen und in der Reichskirche, und kennzeichnete die

Aufgaben des Verfassungsausschusses als verträglichste Arbeit zur Beratung der infolge der lebendigen Entwicklung notwendig gewordenen Verleisung und Ausbau der Verfassung.

Professor Ditsch brachte in grundsätzlichen Ausführungen sachliches Material über die kirchengeschichtliche Entwicklung der Verfassungsfrage, der Frage der kirchlichen Ordnung und des Verhältnisses zwischen der Evangelisch-lutherischen Kirche und der Staatsgewalt.

In der Diskussion, die eine Fülle erster Gesichtspunkte zu allen gegenwärtigen Problemen der kirchlichen Lage brachten, wurde immer wieder in positiver Form die Frage nach dem Verhältnis zwischen Bekenntnis und Verfassung, Kirchenverfassung und Staat, Autorität der kirchlichen Führung und vor allem die Notwendigkeit des inneren Zusammenklanges zwischen der Dynamik des Nationalsozialismus und der Dynamik des evangelischen Christentums betont.

Um 8 Uhr abends wurde die intensive, von lebendigem Arbeitsgeist getragene Aussprache auf Sonnabend, den 7. Juli verpagt.

An den Führer und den Reichspräsidenten wurden Telegramme abgefandt.

Verfassungsfragen der Evangelischen Kirche

Sitzung des Verfassungsausschusses in Erfurt

Erfurt, 6. Juli. Am 6. Juli trat in Erfurt der Verfassungsausschuss der Deutschen Evangelischen Kirche zusammen. Auf Einladung des Reichsbischofs waren die Führer der deutschen Landeskirchen, ihre Juristen und Professoren der Theologie erschienen.

Um 4 Uhr nachmittags eröffnete der Reichswalter, Ministerialdirektor Jäger, im Namen des Reichsbischofs die Tagung. In seinen grundsätzlichen Ausführungen stellte er fest, daß

die Kirche im letzten und tiefsten, in dem, was ihr Leben ist, in der Verkündigung des Evangeliums keiner Verfassung und keines Gesetzes bedürfe.

In der äußeren kirchlichen Ordnung, die in der Praxis notwendig sei, habe das Gesetz, die Verfassung, dem Leben der Kirche zu dienen. Es sei selbstverständlich, daß die im Ausschuss besprochenen Fragen ebensoviele bindende Verhältnisse für die Teilnehmer darstellten, wie die Teilnahme an den Besprechungen eine Billigung der kirchlichen Entwicklung der letzten Zeit sei. Wie unter diesen Bedingungen die kirchliche Opposition ihr fernbleiben rechtfertigen könne, sei unerfindlich. Sodann schilderte Ministerial-